

Internationale Presseschau Blick in die Zeitungen von morgen
Wirtschaftspreseschau Presseschau aus deutschen Zeitungen
Presseschau am Sonntag
Presseschau zum Nachhören

4. Oktober 2021

Die Presseschau aus deutschen Zeitungen

Kommentiert werden die Sondierungsgespräche der verschiedenen Parteien über ein mögliches Regierungsbündnis und der sogenannte synodale Weg der katholischen Kirche. Zunächst geht es aber um die Rede von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Tages der Deutschen Einheit.



Bundeskanzlerin Merkel hielt die Festrede zum Tag der Deutschen Einheit (Jan Woitas / POOL / AFP)

Dazu schreibt die **VOLKSSTIMME** aus Magdeburg: „Angela Merkel hat in einer ihrer letzten Ansprachen die richtigen Akzente gesetzt. Und sie hat die richtigen Worte gefunden. Nicht als Kanzlerin, sondern als ‚Bürgerin aus dem Osten‘ richtete sie sich an ihre Zuhörer. Das war wichtig, gerade in Halle. Tatsächlich ist die Einheit strukturell längst nicht umgesetzt. Noch schwerer dürfte bei vielen aber das von der Kanzlerin beschriebene Gefühl des Zurückgesetztseins wiegen. Hatten die Ostdeutschen mit der Wende Freiheit und Selbstbestimmung errungen, erlebten sie danach, wie ihnen die Deutungshoheit bald wieder genommen wurde. Der Diskurs über den Osten, seine Eigenschaften und Defizite wurde zu lange vom Westen bestimmt“, meint die **VOLKSSTIMME** aus Magdeburg.

Die **FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG** merkt an: „Jeder muss sich zugehörig fühlen. Dieses Vermächtnis Angela Merkels zum Tag der Deutschen Einheit sollten alle beherzigen. Es gibt keine Bürger zweiter Klasse. Unterschiede muss man aushalten. Die Bundeskanzlerin kennt nur noch Deutsche, unabhängig von Herkunft und Weltanschauung. Sie erinnert dabei an das Fundament der Republik. Die Quittungen des Ostens für die ersten Kanzlerinnen waren Ausdruck der

Die Ovationen der Staatsspitze für die ewige Kanzlerin waren Ausdruck des Respekts – aber wohl auch des schlechten Gewissens angesichts einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft.“

Die Zeitung **TAZ** sieht es so: „Der Osten hinkt dem Westen wirtschaftlich noch immer hinterher. Das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Bundesländern erreicht nur rund 78 Prozent des westdeutschen Niveaus. Darüber hinaus verdienen Beschäftigte in Ostdeutschland nach wie vor weniger Geld. Für eine ostdeutsche Regierungschefin ist das eine verheerende Bilanz. Obwohl sie selbst den Untergang der DDR miterlebt hat, hat sich Merkel nie besonders für die Belange des Ostens eingesetzt. Den Mindestlohn zum Beispiel lehnte Merkel lange ab. So sehr, wie sie die Ostdeutschen in ihrer letzten Einheitsrede würdigte, hat sie es in ihrer Amtszeit selten getan. Ohnehin hat Merkel ihre ostdeutsche Vergangenheit eher versteckt, sie hat nur selten von ihrer Herkunft erzählt, davon, wie sie in der Prignitz und in der Uckermark groß wurde. So hat sie den Kontakt zu den Ostdeutschen im Laufe ihrer Amtszeit immer mehr verloren“, urteilt die **TAZ**.

Die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG** thematisiert die Art und Weise, wie die Deutschen ihren Nationalfeiertag begehen: „Kaum ein anderes Land feiert seinen Nationalfeiertag so nüchtern, freudlos und unpatriotisch wie die Deutschen. Angesichts der düsteren Geschichte gibt es viele gute Gründe, in puncto Nationalstolz vorsichtig zu sein. Dennoch sollte Deutschland lernen, sich locker zu machen. Gerade die deutsche Einheit gibt viele Anlässe, Dank, Respekt und Freude zu zeigen. Allein die Leistung der mutigen Bürger in der damaligen DDR bleibt unvergessen, wie sie ein Unrechtsregime in die Knie zwangen. Und sicher: Helmut Kohls Versprechen von den blühenden Landschaften ist noch nicht überall eingelöst worden, aber doch an sehr vielen Orten zwischen Binz und Dresden. Vielleicht wäre das sogar ein gutes Regierungsmotto für den nächsten Kanzler: das Land wieder locker machen“, rät die **NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG**.

Die deutsche Einheit „war und bleibt ein Glücksfall für das Land und Europa“, heißt es in den **BADISCHEN NEUESTEN NACHRICHTEN** aus Karlsruhe. „Allerdings legt sie der Gesellschaft auch eine bleibende Verantwortung auf, an der Demokratie weiterzuarbeiten und für sie in den Kämpfen mit Lügen, Desinformation, Manipulation und Extremismus einzustehen. Eine der Schlüsselaufgaben der neuen Bundesregierung wird es sein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und sozialen Frieden zu wahren. Dafür braucht man die Beharrlichkeit und den Mut, die einst zum Mauerfall geführt hatten.“

Ein anderes großes Thema sind die Gespräche der Parteien über ein mögliches Regierungsbündnis nach der Bundestagswahl. Der **MÜNCHNER MERKUR** führt aus: „In Berlin laufen die Sondierungen für eine neue Bundesregierung auf Hochtouren. Doch für CDU und CSU ist die Zeit der Illusionen vorbei: Ihre Bastion Berlin ist gefallen. Die Restchance auf Jamaika hat die Union in der vergangenen Woche vertan. Dort kämpft nun wie in einem Häuserkampf jeder gegen jeden. Friedrich Merz wird sich nach Laschets absehbarem Sturz zu Recht kaum mehr davon abbringen lassen, die anstehende Klärung der Machtfrage der CDU-Basis zu übernehmen, nachdem drei Funktionärsentscheide – pro Kramp-Karrenbauer, pro Laschet, contra Söder – katastrophal gescheitert sind. Eine Verständigung mit Jens Spahn scheint ausgeschlossen. FDP und Grüne werden sich hüten, sich auf Experimente mit dieser Union einzulassen“, ist sich der **MÜNCHNER MERKUR** sicher.

Das **HANDELSBLATT** ist folgender Meinung: „Tatsächlich liegt die Vermutung nahe, dass einigen in der Union ein Neustart in der Opposition lieber wäre als ein schwacher Kanzler Laschet in einem fragilen Jamaika-Bündnis. Das gilt nicht zuletzt für die CSU und ihren Vorsitzenden Markus Söder. Er ist Laschet bei den anstehenden Sondierungen bisher so wenig Hilfe wie im Wahlkampf. All das macht es Laschet nicht einfacher, mit den möglichen Koalitionspartnern zu verhandeln. Laschets Aussichten auf Jamaika und das Kanzleramt werden mit der fortschreitenden parteiinternen Demontage immer schlechter. Es ist schwer begründbar, warum jemand Kanzler werden soll, für den die eigene Partei ohne Regierungsamt keine Verwendung mehr hat“, stellt das **HANDELSBLATT** fest.

Die **HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG** notiert: „In der Union reden alle von Erneuerung, allein es fehlt der Mut zum harten Schnitt. Gäbe es nicht diese Minichance auf Bildung einer Jamaika-Koalition, wäre Armin Laschet vermutlich schon seit dem Wahlabend nicht mehr CDU-Vorsitzender. So aber lassen CDU und CSU den Wahlverlierer noch Gespräche mit FDP und Grünen führen – während Christdemokraten in Landesverbänden, in der Bundestagsfraktion und auch im Bundesvorstand die Zeit nach ihm planen. Denn selbst wenn es zu schwarz-grün-gelben Koalitionsverhandlungen käme, können sich viele in der Union Laschet nicht als Bundeskanzler vorstellen. Der glücklose Kanzlerkandidat steht für Absturz, nicht für Aufbruch“, urteilt die **HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG**.

Nun zum sogenannten synodalen Weg, mit dem die katholische Kirche in Deutschland reformiert werden soll. Die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** erläutert: „Selbst im innersten katholischen Milieu gibt es massive Erschütterungen und Auflösungstendenzen, ist das Vertrauen gegenüber der Kirche tief gestört. Das Ausmaß des sexuellen und geistlichen Missbrauchs und der Umgang mit der Aufarbeitung wirkt selbstzerstörerisch. In dieser Krise sendet die zweite Vollversammlung des ‚Synodalen Wegs‘ hoffnungsvolle Signale. Der von den Bischöfen und dem Zentralkomitee der Katholiken initiierte Reformprozess soll die systemischen Ursachen sexueller Gewalt in den Blick nehmen, für Gewaltenteilung sorgen und Frauen mehr Teilhabe in Ämtern ermöglichen“, hebt die **FRANKFURTER RUNDSCHAU** hervor.

Die Zeitung ND.DER TAG bemerkt: „Schöne Texte sind das eine. Die Realität einer Institution, die von einem Klüngel von Männern regiert wird, die sich noch immer als von Gott Auserwählte mit besonderen Rechten ansehen, ist das andere. Viele Christen kämpfen an der Basis seit der Enthüllung zahlreicher unglaublicher Übergriffe von Geistlichen auf Kinder für tiefgreifende Reformen: Gleichberechtigung der Geschlechter, Akzeptanz verschiedener Familienmodelle und sexueller Orientierungen. Aber all diesen Selbstverständlichkeiten stellen sich mächtige Bischöfe in den Weg.“ Das war zum Ende der Presseschau die Zeitung ND.DER TAG.

